



Näher am Menschen

Aktuelles aus der niedersächsischen Landespolitik.
Holzminden im Zentrum.

www.sabine-tippelt.de

Ausgabe Nr. 3

Dez. 2009

Liebe Leserinnen und Leser,

die Landesregierung verspielt derzeit die Zukunft der Kommunen. Angesichts der augenfälligen Unfähigkeit der Landesregierung, die Arbeitsfähigkeit der Landesverwaltung sowie die jetzige und zukünftige Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften zu gewährleisten, schlägt die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag mit mir in völliger Übereinstimmung erneut die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunftsfähiges Niedersachsen“ vor. Das jüngste Handeln der Landesregierung offenbart neben Konzeptlosigkeit auch offene Rivalitäten innerhalb des Kabinetts. Dieses Chaos ist unhaltbar und schadet nachhaltig dem Wohl des Landes.

Während das Innenministerium den Kommunen im sogenannten „Zukunftsvertrag“ zusätzliche Aufgaben übertragen will, setzt das Landwirtschaftsministerium in Person von Staatssekretär Ripke darauf, praktisch dieselben Aufgaben 14 neuen (!) Regionalämtern zuzuweisen.

Das Land steht vor der großen Aufgabe, die niedersächsischen Kommunen angesichts des demographischen Wandels und schwindender Finanzkraft lebens- und handlungsfähig zu halten. Doch Innenminister Schünemann ist zu feige oder nicht in der Lage, ein durchdachtes Konzept vorzulegen. Stattdessen lässt er die Dinge treiben und provoziert gegenläufige Aktionen seiner Kollegen. [...]

weiter auf S. 2...

Moderne Technik vermeidet Salzeinleitungen

Sabine Tippelt und die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag bekräftigt ihre Position gegen Pläne der K+S AG (Kassel), weiterhin Salzlaugen in Gewässer abzuleiten. „Es darf keine Einleitungen von Salzlauge in Werra, Weser und Nordsee geben. K+S muss mit dieser Art der Entsorgung von Industrieabfällen aufhören, die sich an Vorbildern aus dem 19. Jahrhundert orientiert und Mensch und Umwelt belastet“, erklärt die SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Tippelt. Die Forderung der SPD-Fraktion sei es, dass K+S eine zeitgemäße Produktion betreiben müsse, die auch dem Stand der Technik entspreche und ohne Abstoß salzhaltiger Abwässer sowie Aufschüttung von Salzhalden auskomme.

Auch eine Pipelinelösung zur Einleitung von Salzlaugen in die Nordsee lehnt die SPD-Landtagsfraktion ab. „Ungeachtet der Auswirkungen von Salzeinleitungen auf die Flora und Fauna des Weltnaturerbes Wattenmeer bedeutet eine Pipelinelösung zunächst einmal, dass K+S über etliche Jahre hinweg weiter die Umwelt verschmutzen dürfte“, erläutert Tippelt. Planung und Bau einer Pipeline würden rund 15 Jahre benötigen. „In dieser Zeit würden salzhaltige Abwässer weiter in Werra und Weser fließen.“ Zusätzlich plane K+S, an der Verpressung von Laugen in den Untergrund festzuhalten. „Diese Verpressungen sind nach Meinung aller Experten nicht mehr geeignet, weil bereits die Trinkwasservorkommen geschädigt wurden. Das ist nicht akzeptabel.“

Die SPD-Fraktion verwies in diesem Zusammenhang auf das zusätzliche Problem der Salzauswaschungen von den aufgeschütteten Kalihalden in umliegende Landschaftsräume und Fließgewässer, die die Einleitungsproblematik noch verschärften.

Die Drohung von K+S, wer sich der Einleitung widersetze, gefährde Arbeitsplätze, weist Tippelt als Erpressungsversuch zurück. „Hier versucht ein Weltmarktführer, der gerade global Mitbewerber aufkauft, Kosten für den Umweltschutz abzuwälzen. Dass das Schicksal Tausender Mitarbeiter gegen den Umweltschutz ausgespielt wird, ist unmoralisch“, sagt Tippelt. „Ökonomie und Ökologie sind kein Gegensatz: Durch die Anwendung moderner Fördertechniken lässt sich der Abbau der Rohsalze optimieren. Das führt zur verlängerten Nutzung der Gruben im Werra-Weser-Revier und sichert langfristig Arbeitsplätze in einer strukturschwachen Region.“

Zu den Maßnahmen, die dem Stand der Technik entsprechen, zählen laut der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion Verfahren, die die Laugen verfestigen und den sogenannten Festversatz dann in die ausgebeuteten Gruben zurückbringen.

**Sabine Tippelt wünscht Ihnen
eine erholsame Adventszeit,
ein fröhliches Weihnachtsfest und
einen guten Start in das Jahr 2010!!!**

Impressum:

ViSdP: Sabine Tippelt
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159
Hannover
Telefon: 0511 3030-3095
Fax: 0511 3030-99-3095
sabine.tippelt@lt.niedersachsen.de
www.sabine-tippelt.de

Die Landesregierung ist mit ihrer 2004 vollzogenen Verwaltungsreform gescheitert. Sie hat es unterlassen, nach der Abschaffung der Bezirksregierungen den notwendigen zweiten Schritt zu unternehmen, denn eine Diskussion über eine sinnvolle Aufgabenverteilung zwischen Kommunen und Land fand nicht statt. Das Ergebnis sehen wir jetzt nicht nur bei uns im Wahlkreis.

Eine Enquete-Kommission hätte den Auftrag, in einem breit angelegten Dialog mit den Kommunen, Verbänden und Bürgern ein tragfähiges, von breiter Mehrheit gestütztes Konzept für die zukünftige Aufgabenverteilung auszuloten. Diese Aufgabe verlangt mehr als die Konzentration auf Finanzthemen. Es geht auch um die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Gewährleistung einheitlicher Lebensverhältnisse in ganz Niedersachsen, die Berücksichtigung regionaler Identitäten sowie eine breite Akzeptanz möglicher neuer Gebietskörperschaften. Jeder Landesregierung müsse diese Aufgabe schwer fallen. Diese Landesregierung allerdings unternimmt gar nichts.

Der Antrag auf Einsetzung der Enquete-Kommission wird zum Dezember-Plenum in den Landtag eingebracht.

Ich bin zuversichtlich, dass die Landesregierung an ihrer Art des Umgangs mit den Kommunen und deren Fusionsbemühungen nicht auf Dauer festhalten können wird. Sollte eine Enquete-Kommission eingesetzt werden, wäre das nicht nur für den Landkreis Holzminden, sondern für ganz Niedersachsen ein Erfolg.

Herzliche Grüße,
Ihre Sabine Tippelt

Jüttner besucht Eschershausen

Auf Einladung von Sabine Tippelt kam am 04. Nov. Wolfgang Jüttner (SPD-Fraktionsvorsitzender im nds. Landtag) zu Besuch nach Eschershausen, um sich über den demographischen Wandel, die Verkehrsinfrastruktur und die Situation der Schulen vor Ort ein Bild zu machen. Tippelt forderte in diesem Rahmen: „Der ländliche Raum muss endlich die Beachtung in der Landespolitik erhalten, die er verdient.“

Tippelt unterstützt „Volksbegehren für gute Schulen“

Sabine Tippelt und die SPD-Landtagsfraktion begrüßen und unterstützen das Volksbegehren für gute Schulen:

„Das Volksbegehren bekräftigt die breiten Proteste von Eltern, Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern, die im Sommer in ganz Niedersachsen stattgefunden haben. Mit dem Start des Volksbegehrens erhält die CDU/FDP Landesregierung erneut eine Rote Karte für ihr Gesamtschulverhinderungsgesetz und für die schlechte Bildungspolitik. Wir fordern daher die Regierungsfractionen auf, die Interessen der Eltern und Schüler aufzugreifen und ein entsprechendes Gesetz in den Landtag einzubringen. Ansonsten müsse man noch mehr als bisher von einer vollständigen Ignorierung des Elternwillens sprechen.“ so Tippelt.

„Ich bin insgesamt sehr froh darüber, dass sich die zahlreichen Vereine, Verbände, Parteien und weitere Interessengemeinschaften nicht unterkriegen lassen und nun - nach den Protesten im Sommer gegen die schlechte Bildungspolitik des Landes - die nächste Stufe der legitimen Interessenartikulation nutzen. Der Landesregierung wird wohl spätestens jetzt klar werden müssen: Wegducken ist nicht! Und eine gute Rhetorik kann über ein katastrophales Bildungssystem nicht hinwegtäuschen!“ führt Tippelt fort.

„Ich bitte alle Bürgerinnen und Bürger inständig, sich am Volksbegehren unter Berücksichtigung der formalen Anforderungen zu beteiligen. Auch in meinem Wahlkreisbüro (Martha-Warnecke-Haus, Obere Straße 32, 37603 Holzminden) werden ab sofort Unterschriftenlisten bereit liegen.“

Hintergründe Volksbegehren

Ein Volksbegehren in Niedersachsen stellt die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger dar, den Landtag mit der Beschäftigung eines Themas zu verpflichten. Hierfür bedarf es einer Unterschriftenaktion, die mindestens 25.000 Unterzeichner zählt. Wichtig hierbei ist es, dass nur Unterschriften gültig sind, die einerseits auf den durch den Initiator ausgegebenen Vordrucken vorgenommen werden. Andererseits kann jede Bürgerin und jeder Bürger nur auf der Liste unterschreiben, die später an das jeweils zuständige Einwohnermeldeamt übermittelt wird. In diesen werden nämlich überprüft, ob die Unterzeichner auch die formalen Kriterien:

- Deutsche Staatsangehörigkeit
- Mindestens seit drei Monaten in Niedersachsen gemeldet
- Mindestalter 18 Jahre

zur gültigen Unterschrift erfüllt haben.

Die Forderungen des „Volksbegehren für Gute Schulen“ an die Landesregierung lauten:

- Rücknahme des Abiturs nach 12 Jahren: Gymnasien und Gesamtschulen sollen wieder zur Regelschulzeit von 13 Jahren bis zum Abitur zurückkehren.
- Neue Gesamtschulen dürfen schon mit vier, in Ausnahmefällen auch mit drei Klassen pro Jahrgang gegründet werden. [Durch die Heraufsetzung der Mindestgröße für Integrierte Gesamtschulen durch die Landesregierung von vier auf fünf Züge (Anzahl der parallelen Klassen pro Schuljahrgang) werden viele kommunale Schulträger daran gehindert, ein vollständiges wohnortnahes Schulangebot vorzuhalten.]
- Erhaltung der Vollen Halbtagschule

(Weitere Informationen zum „Volksbegehren für gute Schulen“ in Niedersachsen finden Sie im Internet unter: www.volksbegehren-schule.de)

UNTERWEGS IM WAHLKREIS

SPD Gemeindeverbandes Delligsen lud ein zum Thema „Dumpinglöhne – eine Geißel unserer Zeit“

Wohin steuert Deutschland, was erwartet uns in Sachen Mindestlohn, Zeitarbeit und Tarifautonomie angesichts einer schwarz-gelben Regierung? Um diese und weitergehende Fragen ging es am 03. November in Delligsen. Ein Inputreferat lieferte der Landtagsabgeordnete Ronald Schminke, der auf eine Studie der Universität Göttingen verwies, die belege, dass immer mehr Beschäftigte von prekären Beschäftigungsbedingungen betroffen sind. Längst seien es nicht mehr nur gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Stundenlöhnen von deutlich unter 10 Euro ihr Leben bestreiten müssen. Bereits jeder fünfte Beschäftigte in Niedersachsen erhält weniger als 9,62 Euro in der Stunde. Im Anschluss daran fand eine gute Diskussion mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung statt.

Vorlesetag in Delligser Kindergärten

Einmal im Jahr steht eine entscheidende Grundlage für Sprachkompetenz und Bildungsfähigkeit im Rampenlicht: das Vorlesen. Am diesjährigen bundesweiten Vorlesetag las Sabine Tippelt im Kindergarten Delligsen vor.

Die Vorschulkinder des Ev.-luth. Kindergartens lauschten gespannt den Worten der Landtagsabgeordneten Sabine Tippelt, die aus dem Buch „Der Bitte, Danke Zauberer“ vorlas.

„Lesen macht insgesamt so viel Freude. Die Kinder zur Literatur durch Vorlesen hinzuführen, ist enorm wichtig. Ich halte es für einen elementaren Bestandteil der erfolgreichen Bildung der Kinder, dieses regelmäßig und mit Spaß an der Sache auch zu Hause zu tun.“

Sabine Tippelt hatte diverse Bücher, Malutensilien und kleine Spielideen für die Schulanfänger im Gepäck. Als Abschluss bedankten sich die Jungen und Mädchen musikalisch bei Sabine Tippelt.



Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen des UB Holzminden halten Vorstandswahlen ab

Zu Beginn gab die AsF-UB Vorsitzende, Sabine Tippelt, einen Rückblick über die Aktivitäten der AsF der vergangenen zwei Jahre. Unter anderem organisierten die Frauen der AsF ‚Lesenächte‘ in Meinbrexen und Bever, man besuchte das Mehrgenerationenhaus in Eschershausen und traf zu Gesprächen mit der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Holzminden, Frau Sigrun Brüning. Ebenso nahmen die Genossinnen an einem Vortrag zur Energieberatung sowie an einem Referat zum Thema: „Frauen leben länger – aber wovon?“ in Polle teil.



(Bild: v.l.n.r. Eva Bertram, Karin Düsterdiek, Claudia Diener-Wohner, Christel Reese, Marlies Grebe, Sabine Tippelt, Ulla Großkurt, Silke Böker, Gabriele Friedrich, Natalie Fischer, Eva Vandirk)

Als Referentin des Abends wurde die AsF-Vorsitzende der SPD Niedersachsen, Frau Ulla Großkurt, begrüßt. Großkurt ist seit 2001 Mitglied des Niedersächsischen Landtages und hier Mitglied im Ausschuss Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit sowie Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Mit ihrem Referat „Frauen. Macht. Politik.“ sprach Sie den anwesenden Frauen Mut zu, sich einzumischen, aktiv anzupacken, Verantwortung zu übernehmen und stolz auf das bisher Erreichte zu sein.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung waren die Wahlen des neuen Vorstandes. Sabine Tippelt wurde in ihrem Amt bestätigt und erneut zur Vorsitzenden gewählt. Stellvertreterinnen sind nun Claudia Diener-Wohner und Angela Schürzeberg. Als Schriftführerin ist weiterhin Waltraud Stapel im Amt und als neue Beisitzerinnen erhielten Silke Ahlbrecht-Heiler, Silke Böker, Karin Düsterdiek, Gabriele Friedrich, Ingeborg Müller, Christel Reese, Natalie Fischer, Eva Vandierk und Eva Bertram das Votum der Versammlung. Im Anschluss wählten die Frauen noch die Delegierten für die Bezirkskonferenz.

Sabine Tippelt bedankte sich am Ende bei allen Teilnehmerinnen, insbesondere bei den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern sowie der Referentin Ulla Großkurt mit einem kleinen Präsent.